

Archiv

Verstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1. SEP. 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/165

Bonn, den 30. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Auch das muß wieder in Ordnung gebracht werden.</u> ----- Gestörtes Verhältnis zwischen Geist und Macht	22
1	<u>Verdiente Ohrfeige</u> ----- Otto Brenner und die DFU	28
2 - 3	<u>Der Bildungsrat</u> ----- Ein Experiment, an das sich viele Hoffnungen knüpfen Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB	95
3	<u>Nur kleine Fische...</u> ----- Regierungspresseamt erfand neue Propaganda-Masche	27
4 - 5	<u>Die Frau in der SPD-Regierungsmannschaft</u> ----- Käte Strobel - Politikerin von Format Von Egon Heinrich	93
6	<u>Größte Sorge - Wassernot</u> ----- Schwierigkeiten Israels bei der Erschließung der Negev. Von Gad Redlich	52

* + *

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

3300: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Auch das muß wieder in Ordnung gebracht werden

Gestörtes Verhältnis zwischen Geist und Macht

sp - Namhafte deutsche Künstler haben sich am vergangenen Sonntag in Frankfurt an den Regierenden Bürgermeister von Berlin und Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, mit beachtenswerten Vorschlägen für die deutsche Kulturpolitik in der kommenden Legislaturperiode des Bundestages auf dem Gebiet der Darstellenden Kunst gewandt. Tilla Durieux, die in der ganzen Welt hochgeachtete Seniorin der deutschen Bühnenkunst, hat die inzwischen veröffentlichten Anregungen vorgetragen und 75 der bedeutendsten Künstler dokumentierten durch ihre Unterschrift ihr Einverständnis mit diesem Schritt. Mit der ihm eigenen Zurückhaltung hat Willy Brandt den Künstlern gesagt, er wolle und könne keine Versprechungen machen; er betrachte es jedoch als die Aufgabe jeder Bundesregierung, das zur Zeit gestörte Verhältnis zwischen Geist und Macht neu zu ordnen. Die in Frankfurt versammelten Künstler haben diese Bemerkung Brandts verstanden. Es war Tilla Durieux, die nach dem Empfang sagte, sie sei froh darüber, daß man auch in Deutschland zu begreifen beginne, wie sehr die politische Macht auf den Geist und die schöpferische Kunst angewiesen seien. Sie hätte nach den jüngsten Beschimpfungen von Künstlern und Schriftstellern durch den noch amtierenden Bundeskanzler schon befürchtet, daß wieder einmal eine Zeit anbrechen könnte, in der die politische Macht ohne Geist und der Geist ohne politische Kraft sein werde. - Tilla Durieux und ihre Freunde können gewiß sein: Diese Zeit wird es in Deutschland nicht mehr geben!

÷ ÷ ÷
Verdiente Ohrfeige

Otto Brenner und die DFU

sp - Die DFU (Deutsche Freunde Ulbrichts) reklamiert für sich und ihre allzu durchsichtigen Zwecke manchmal Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die absolut mit ihr nichts zu tun haben wollen und in ausgesprochenem Gegensatz zu ihren politischen Zielsetzungen stehen. So ging sie mit dem Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, hausieren. Der Zweck? Verwirrung zu stiften und im Trüben zu fischen. Die Antwort Otto Brennners blieb nicht aus, über seine Pressestelle ließ er erklären:

- * "Die Benutzung von Äußerungen des Ersten Vorsitzenden der IG Metall,
- * Otto Brenner, in der Wahlpropaganda der DFU wird mit aller Schärfe zurückgewiesen. Jeder Versuch, mit Hilfe dieser Äußerungen eine Unterstützung der DFU zu konstruieren, ist eine verleumderische Fälschung.
- * Herr Brenner ist Mitglied der SPD, lehnt die DFU ohne Einschränkung ab und hält nach wie vor seine Partei für die Kraft im Parlament, die die Interessen der Arbeitnehmer am wirksamsten vertritt."

Diese gepfeifferte Antwort bedarf keiner Erläuterung. Sie ist klar und eindeutig, aber auch wohlverdient. Wer die DFU wählt, wählt die Kommunisten, wählt die Feinde der Freiheit und der Demokratie, nimmt Stellung gegen die Interessen der deutschen Arbeitnehmer, fördert den Separatisten und Mauerbauer Ulbricht und seine Moskauer Auftraggeber. Wer die DFU wählt, wählt auch die Regierung Erhard, schwächt die Deutsche Sozialdemokratie und damit die Kraft, die den sozialen Fortschritt garantiert. Dazu gibt sich ein Mann wie Otto Brenner nicht her, dafür wurzelt er zu stark in den freiheitlichen Traditionen der Arbeiterbewegung. Seine Ohrfeige gilt allen, die glauben, sie könnten ihn für ihre Zwecke einspannen oder mit seinem Namen Schindluder treiben.

Der Bildungsrat

Ein Experiment, an das sich viele Hoffnungen knüpfen

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

Was kaum jemand zu hoffen gewagt hätte, soll nun doch eintreten. Nach der Einigung von Bund und Ländern über die Gründung eines deutschen Bildungsrates besteht Aussicht, daß alle Länder dem Abkommen bis zum Herbst dieses Jahres zustimmen. Damit wäre der Weg frei zu einer langfristigen Zusammenarbeit.

Zwei Auffassungen standen einander bei der Gründung des Bildungsrates gegenüber. Die einen wollten, daß der Bildungsrat sachlich und seiner Zusammensetzung nach eng mit dem Wissenschaftsrat verbunden sein sollte. Sie wollten außerdem die Fachleute mit den Beamten der Verwaltung an einen Tisch bringen. Die anderen hingegen meinten, der Bildungsrat sollte unabhängig sein, das heißt nur aus Experten bestehen, um einen hemmenden Einfluß der Verwaltung vermeiden zu können. Die Übersetzung der Vorschläge des Bildungsrates in politische Entscheidungen sollte vielmehr auf der Ebene der Regierungen von Bund und Ländern erfolgen.

Nun, die Parteien, Bund und Länder, Fachleute und Politiker konnten sich schließlich auf einen Kompromiß einigen. Er hat die Anhänger beider Auffassungen, die zunächst zur Debatte standen, nicht voll befriedigen können. Aber mir scheint, daß der Bildungsrat in der vorgesehenen Konstruktion immerhin zwei Vorzüge hat, die man nicht gering achten sollte.

E r s t e n s sichert er institutionell die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildungspolitik. Das ist Neubund seit langen notwendig, weil das Bildungsgefälle in den einzelnen Ländern Westdeutschlands nach oben hin überwunden werden muß. Unsere Verfassung hat den Bundesländern die Verantwortung für das Bildungswesen übertragen. Für einen Ausgleich im Rahmen des Ganzen zu sorgen, wird indessen nur durch ein Zusammenwirken von Bund und Ländern möglich sein - vorausgesetzt, daß eine neue Bundesregierung begreift, wie vordringlich Bildung und Wissenschaft im Rahmen der allgemeinen Staatspolitik sind.

Z w e i t e n s aber haben sich Bund und Länder darauf verständigt, die Empfehlungen des Bildungsrates von einer Regierungskommission prüfen und darüber entscheiden zu lassen. Es wird also in Zukunft nicht mehr so sein, daß jede Diskussion über die Bildungspolitik in einen Streit über Zuständigkeiten einmündet, und sich darin verliert. Das gibt uns die Möglichkeit, auch in einem föderalistisch gegliederten Bundesstaat ohne Änderung der Verfassung zu einer den Aufgaben entsprechenden effektiven Zusammenarbeit zu kommen.

Wir sollten uns bei der Einschätzung der Chancen des Bildungsrates daran erinnern, wie groß die Skepsis war, auf die vor Jahren der Wissenschaftsrat zunächst traf. Er hat es dennoch zu Wege gebracht, sich wesentlichen Einfluß auf die Wissenschaftspolitik zu sichern, soweit das in den ihm gesetzten Grenzen überhaupt möglich war. Das lag nicht nur an der Konstruktion des Wissenschaftsrates, die von der des Bil-

dungsrates in mancher Hinsicht abweicht. Wichtig wird deshalb auch für den Bildungsrat sein, welche sachliche Qualifikation seine Mitglieder mitbringen und in welchem Maße sie bereit sind, über ihre institutionellen Antegrenzen hinauszugehen. Die Bundesregierung und die Länderregierungen haben es weitgehend in der Hand, auf die Zusammensetzung des Bildungsrates in dieser Weise Einfluß zu nehmen.

Natürlich werden auch in einem hervorragend besetzten Bildungsrat die Auffassungen darüber, was vordringlich ist, gelegentlich auseinandergehen. Aber die Ergebnisse der Bildungsforschung und die Planungsunterlagen der Ständigen Konferenz der Kultusminister erlauben es doch, die Diskussionen darüber zu objektivieren. Wir müssen den Anschluß an den internationalen Standard gewinnen, wir haben das Bildungsgefälle in Westdeutschland zu überwinden, und wir müssen dafür Sorge tragen, daß Westdeutschland gegenüber Mitteldeutschland in der Bildungspolitik nicht auf die Dauer zurückfällt. Die moderne Industriegesellschaft bedarf der Koordinierung von Wirtschafts- und Sozialpolitik mit der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. In den Bildungsrat gehören deshalb nicht nur Pädagogen, Verwaltungsbeamte und Hochschullehrer, sondern auch Unternehmer und Gewerkschaftler, Sozialpolitiker und Agrarfachleute. Der Sachverstand aller politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche muß im Rahmen des Bildungsrates nutzbar gemacht werden. Nur dann wird er sich die ihm gebührende Achtung verschaffen können.

Nur kleine Fische...

sp - Die Regierungspressereferenten in den Bundesministerien sind z.Z. vielgeplagte Menschen. Und eine ganze Reihe von Mitarbeitern des Regierungspropaganda-Amtes und des sogenannten BULLETIN nicht minder. Sie sind feste dabei, Parteiwahrsden und Parteiartikel zu schreiben und - wie geschehen - auf antlichen Weg an die Öffentlichkeit zu bringen. Kein Wunder, daß es an der Zeit fehlt, für das Regierungssprachrohr BULLETIN noch Originalbeiträge zu verfassen.

Das BULLETIN sann auf Abhilfe - und fand sie. Man druckt Beiträge ab, die CDU-Minister in Parteipropaganda-Blättern pflichtgemäß veröffentlicht haben.

In der offiziellen CDU-Schrift Politisch-Soziale Korrespondenz schrieb Theodor Blank, der momentane Arbeitsminister zum Thema: "Bildung - Thema Nummer Eins" - und das lieferte dem Regierungsblatt dann für Nr. 141 auch den Aufmacher auf Seite 1.

Und der noch für wenige Wochen amtierende Landwirtschaftsminister Schwarz schrieb in den vor den CDU-Abgeordneten Dr. Martin und Erich Peter Neumann herausgegebenen "aktuellen beiträgen aus bonn" (Abdruck der Parteiwertung darf honorarfrei erfolgen!): "In wenigen Jahren haben wir es geschafft". Das lieferte dem BULLETIN in der gleichen Ausgabe den zweiten Namensartikel. Natürlich auch honorarfrei, denn vieles deutet darauf hin, daß das Presse- und Informationsamt diese "aktuellen beiträge aus bonn" mit Dotationen versorgt. Ob es aber Aufgabe des Presseamtes sein kann, das offizielle BULLETIN mit Nachdrucken aus Parteischriften zu speisen, wird man füglich bezweifeln können... Aber das stört die Horren aus dem Propagandaamt natürlich nicht. Denn angesichts der bereits für die CDU verpulverten Millionen sind das wirklich kleine Fische, die ja am 19. September ohnehin zu schwimmen aufhören.

Petri Heil!

Die Frau in der SPD-Regierungsmannschaft

Käte Strobel - Politikerin von Format

Von Egon Heinrich

Am 19. September 1965 fällt in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Entscheidung: 38,5 Millionen wahlberechtigte Bundesbürger sind aufgerufen, für vier Jahre über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages und damit der Bundesregierung zu entscheiden. Allein 20 Millionen - also weit mehr als die Hälfte - der Wahlberechtigten sind Frauen. Sie werden den Wahlausgang und die Politik für die nächsten vier Jahre daher grundlegend beeinflussen.

Welche Frauen werden nun im neuen Bundestag und in der neuen Regierung die Interessen der 20 Millionen Wählerinnen vertreten? Nur eine der großen westdeutschen Parteien hat bis jetzt festgelegt, welche Frau bei einem entsprechenden Wahlausgang in jedem Fall ein Ministeramt ausüben wird: Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat im November 1964 die SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments, Frau Käte Strobel, in die zehnköpfige SPD-Regierungsmannschaft berufen. Innerhalb der SPD-Regierungsmannschaft ist Frau Strobel für die Europa-Politik und die Fragen der Entwicklungshilfe verantwortlich. Sie führt außerdem als erste Frau der Bundesrepublik die Landesliste einer Partei in den Bundestagswahlen an: Von der bayerischen SPD wurde sie im Frühjahr 1965 an die Spitze der SPD-Landesliste im zweitgrößten deutschen Bundesland gewählt. Frau Käte Strobel ist Mitglied des SPD-Partei- und Fraktionsvorstandes, des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung und des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.

Die 1907 in Nürnberg geborene Abgeordnete ist Hausfrau, Mutter zweier Töchter und Großmutter. Als Abgeordnete ihrer fränkischen Heimatstadt wurde Käte Strobel seit 1949 direkt in den Deutschen Bundestag gewählt. Sie gehört also zu den nicht mehr sehr zahlreichen Parlamentariern der "ersten Stunde". Angefangen hat Käte Strobel 1949 in der Politik als "unbeschriebenes Blatt". Sie wußte jedoch ihre politischen Fähigkeiten und Möglichkeiten geschickt auf einen Nenner zu bringen. Eines ihrer Hauptanliegen war und ist es, einen gerechten Ausgleich zwischen Verbraucherinteressen und den Interessen der Landwirtschaft zu finden. In den Bundestagsausschüssen für Ernährung und Landwirtschaft, Außenhandel und Gesundheitswesen hat sie viele Jahre mit Fleiß und Sachkenntnis gewirkt. Dabei sind ihr die kaufmännischen und organisatorischen Erfahrungen in bayerischen Wirtschaftsorganisationen zugute gekommen. Auf Initiative von Frau Strobel wurden 1961 wesentliche Verbesserungen im Lebensmittelgesetz zum Schutze der Verbraucher erreicht. Auch die vom Bundestag im Dezember 1964 beschlossene Frauen-Enquete (Untersuchung über die Lage der arbeitenden Frau) geht auf eine Anregung der SPD-Abgeordneten zurück.

Mit der Verlagerung der agrar- und außenhandelspolitischen Fragen auf die europäische Ebene wurde Käte Strobel 1958 der Weg ins Europäische Parlament gewiesen. Von 1962 bis 1964 war sie Vizpräsidentin des Europäischen Parlaments. Seit März 1964 ist sie Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion im Straßburger Europa-Parlament. Dies ist gerade für eine Frau kein leichtes Amt. Denn der Fraktionsvorsitzenden

obliegt es, die oft widerstrebenden Interessen von 35 Parlamentariern aus allen sechs EWG-Ländern unter einen Hut zu bringen. Doch im März 1965 wurde Käte Strobel einstimmig wieder zur Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Nicht nur in ihrer Partei, sondern im ganzen Bundestag gilt Käte Strobel heute als Expertin für die Europa-Politik, den Außenhandel und die Verbraucherpolitik. Ob in Bonn, Straßburg, Luxemburg oder Brüssel: Die SPD-Politikerin redet überall dort entscheidend mit, wo die Politik der europäischen Einigung gestaltet wird. Sie setzt sich seit jeher besonders stark für die direkte Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments, für die Ausstattung des Europäischen Parlaments mit echten Befugnissen sowie für eine EWG-Politik ein, die auch den 175 Millionen Verbrauchern im Gemeinsamen Markt die Vorteile des wirtschaftlichen Zusammenschlusses garantiert. Denn leider haben sich bis jetzt die Zolisenkungen innerhalb der EWG nicht auf die Endverbrauchspreise ausgewirkt.

Trotz ihrer starken Beanspruchung in den europäischen Gremien hat Käte Strobel immer ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Nürnberger Einwohner. Der tägliche Posteingang und die vollbesetzten Sprechstunden beweisen dies. Die Nürnberger nennen sie denn auch schlicht "unsere Kotel". Daß Frau Strobel an den Beschlüssen des Nürnberger Stadtrats regen Anteil nimmt, versteht sich eigentlich ganz von selbst. Ihre etwas knapp bemessene Freizeit widmet sie ganz ihrer Familie. Am Samstag sieht man sie - zusammen mit ihrem Mann - oft im Nürnberger Fußballstadion, dem 1. FC Nürnberg die Daumen drückend.

Käte Strobel ist heute eine der profiliertesten deutschen und europäischen Politikerinnen. Bonns journalistischer Star-Porträtist Walter Herkels schrieb am 4. Februar 1965 in der FAZ über sie: "Sie würde auch durchaus kein Herzklopfen bekommen, wenn sie vor das Angebot gestellt würde, das Amt eines Bundesministers zu übernehmen. Die kleine, fast zierliche Frau ist, was die Reputation der rund vier Dutzend Frauen im Bundestag betrifft, eine der gescheitesten im Bonner Hohen Haus. Frau Strobel hat, wo andere in Verlegenheit sind, schnell das Wort bei der Hand, wenn es in freier Rede irgendeine Sache durchzudiskutieren gilt."

Die SPD-Abgeordnete war ebenso selbstverständlich beim Empfang von Bundespräsident Dr. Lübke für die englische Königin in Brühlers Schloß, wie sie an den Diskussionen der politischen Akademie in Tutzing teilnimmt.

Frau Strobel ist ein überzeugendes Beispiel dafür, daß eine Frau, auf nichts anderes gestützt als auf ihr staatsbürgerliches Recht, auf ihren sozialen politischen Sinn, ihren Fleiß und ihre Intelligenz in der Demokratie zu höchsten Funktionen in Staat und Gesellschaft aufsteigen kann. Das Schlagwort, daß Politik eine Männersache sei, hat Käte Strobel eindeutig widerlegt.

Größte Sorge - Wassernot

Schwierigkeiten Israels bei der Erschließung der Negev

Von Gad Redlick

Drohungen, Einschüchterungen und geplante "Gegenableitungen" haben es - zumindest bis jetzt - noch nicht vermocht, eines der bisher ehrgeizigsten Projekte von Israel zu verhindern: seit geraumer Zeit kommt in mächtigen Betonröhren, die einen Druck bis zu 14 Atmosphären aushalten, vom Kinneret (Genezareth) -See im Norden des Landes Wasser bis in die Wüste Negev. Wieviel allerdings pro Tag dem See für die Bewässerung entnommen wird, bleibt für den nicht eingeweihten Beobachter ein Buch mit sieben Siegeln. Sicher ist nur, daß es nicht prozentual mehr ist, als vor einem guten Jahrzehnt die amerikanische Regierung zur Vermeidung des dann doch aktuell gewordenen Wasserkonfliktes vorschlug.

Unbeantwortet bleibt auch die Frage, wer im einzelnen an den neuen Wassersegen angeschlossen ist. Das liegt aber nicht nur an aktuellen Sicherheitsfragen. Die Leitung mündet nämlich nicht in ein großes Becken, um von dort aus zentral verteilt zu werden. Vielmehr wird das Wasser wegen seines nicht unerheblichen Salzgehaltes an verschiedenen Punkten der Leitung gemischt (so zum Beispiel mit "flüssigem Gold" aus dem Jordan-Fluß) und dann zu Kibbutzim, Siedlungen und Entwicklungsstädten gepumpt.

Dort hat sich in den letzten Monaten die Aktivität in der Landwirtschaft spürbar verstärkt. Neue Obstplantagen werden geplant, oder sind schon angelegt, Maschinenparks und die menschliche Arbeitskraft werden stärker ausgenutzt - die Wasserzuteilungen sind größer geworden. Man ist auch dabei, die schon seit Jahrhunderten in der Wüste mit Zelten und Kaminen herumziehenden Beduinen in ansässige Bauern zu verwandeln. Beide Seiten werden ihren Nutzen dabei haben. Bei den "Herren der Wüste" kann sich dann der Lebensstandard spürbar weiter verstärken. Die Regierung andererseits braucht bei einer intensiven Ausnutzung des Bodens mit geregelter Bewässerung in sogenannten "schlechten Jahren" keine Unterstützungsgelder mehr zu bezahlen.

Mit diesen ganzen Projekten fangen jedoch die Schwierigkeiten an. Da Israel sich strikt an die von den USA vorgeschlagenen Prozente bei der Ableitung hält, sind den Bewässerungsmöglichkeiten Grenzen gesetzt. Auch von innerisraelischen Gesichtspunkten aus wäre eine erhöhte Entnahme von Jordanwasser nicht ratsam, da Experten schon jetzt eine spürbare Senkung des Wasserstandes im Kinneret vorausgesagt haben. Andererseits Jordans aber Geburtenüberschuß, Neueinwanderung und der Wunsch nach einem verstärkten Agrarexport ihren Tribut. Kann man auch das, was in mächtigen Leitungen in den Süden geflossen kommt, beim besten Willen nicht als "Tropfen auf den heißen Stein" bezeichnen - ausreichen wird es auf die Dauer nicht.

Wird diese Durststrecke im wahrsten Sinne des Wortes auch noch einige Zeit anhalten - eine endgültige Lösung geht ihrer sicheren Vollendung entgegen. Im Lande wurde ein Verfahren entwickelt, mit dem das Wasser des Mittelmeeres entsalzt werden kann. Schon erhält die Hafengstadt Eilat am Roten Meer ihr Trinkwasser aus einer mit diesem Verfahren arbeitenden Fabrik. Die Kosten pro Kubikmeter wurden dabei in unwahrscheinlich kurzer Zeit von astronomischen Ziffern auf faßbare Werte gesenkt. Dabei hilft sowohl ein in den USA arbeitendes Team (die Vereinigten Staaten zeigen sich an diesem Projekt ebenso wie die Unesco stark interessiert) wie auch die eigene Forschung im Lande. Im letzten Stadium der Planung ist auch ein Atommeiler vorgesehen. Er soll später die Elektrizität liefern, mit deren Hilfe tausende von Kubikmetern Meerwasser für Trink- und Bewässerungszwecke entsalzt werden können.